

An den Stadtrat
der Stadt Schaffhausen
Stadthaus
8200 Schaffhausen



Schaffhausen, 24.01.2022

Christian Ranft
Wiesenweg 13
8200 Schaffhausen

Grosser Stadtrat

E 25. Jan. 2022

Nr. 3

Kleine Anfrage

Fragwürdiges Bewilligungsverfahren bei Corona MassnahmenkritikerInnen Demo

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

Am Samstag, 15. Januar 2022 fand in Schaffhausen ein Aufmarsch sogenannter CoronaskeptikerInnen und MassnahmegegnerInnen statt.

Im Vorfeld gab es keinerlei Bestrebungen, die Demonstration anzumelden, geschweige denn mit den Behörden zusammen zu arbeiten. Trotzdem wurde dem Umzug kurzerhand eine Bewilligung erteilt.

Wie Recherchen der AZ aufdeckten, wurde der Umzug von einschlägig bekannten Neonazis angeführt, es wurde zum Krieg und zu Gewalt aufgerufen, Verschwörungstheorien verbreitet und an die Massnahmen hat sich keiner gehalten.

Die Organisationen sind stolz darauf, dass die Demonstration im Vorfeld unbewilligt war.

Dass dieses, mehr als nur fragwürdige, Verteilen einer Bewilligung nun bereits zum wiederholten Mal stattgefunden hat, ist ein Affront gegenüber allen OrganisatorInnen von Demonstrationen, die sich an die Regeln halten und viel Zeit und Mühe investieren um eine Bewilligung zu erhalten.

Deshalb bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat sein eigenes Vorgehen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren?
2. Künftiges Bewilligungsregime und weitere Demonstrationen
 1. Wird es in Zukunft Änderungen für die Bewilligung resp. die nicht Bewilligung von sogenannten Coronademonstrationen geben?
 2. Wie wird der Stadtrat dies bei anderen Demonstrationen handhaben, die in der Zeit von geltenden Coronamassnahmen stattfinden (können)?
 3. Können auch andere unbewilligte Kundgebungen bzw. Demonstrationen auf eine kurzfristige Bewilligung zählen (Antifa, Extinction Rebellion etc.)?

4. Braucht es unter diesen Umständen überhaupt noch ein Bewilligungsverfahren bei Demonstrationen?
5. Ist der Stadtrat bereit, mit dem Kanton in Dialog zu treten bei Punkten, die in der Zuständigkeit des Kantons liegen und dabei die Interessen der Stadtbevölkerung zu vertreten?
6. Wie will der Stadtrat in Zukunft mit solchen Situationen umgehen bzw. welche Schlüsse zieht er aus den Ereignissen vom 17. April 2021 und 15 Januar 2022?

Danke für die Beantwortung

Christian Ranft

